



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 24. Dezember 1910 bis zum 1. Januar 1911.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 24. Dezember 1910 bis zum 1. Januar 1911.)

Politik

Aufstand im Banat — Graf Ballesire† — Bismarck und der Internationalismus — Christentum als Kulturprinzip — Zentrums Katholiken und Protestanten — Der müde Konservatismus eine Gefahr — Nießer macht Fehler — Der Staatsbeamte als Staatsbürger — Rußland und Deutschland.

Die letzte Woche im Jahre pflegt im allgemeinen keine neuen politischen Probleme zu gebären. Wenigstens nicht im Lande des Weihnachtsbaums, in Deutschland. Die Staatsmänner, Abgeordneten und Zeitungsmänner einschließlich der aller Romantik feindlichen Nationalisten sind in dieser letzten Woche zu meist nicht in der Stimmung, große politische Aktionen einzuleiten. Das Publikum würde keine Folge leisten. Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende sind genötigt, die geschäftlichen Ergebnisse der vier Weihnachtswochen zu prüfen, und die übrigen Staatsbürger bereiten sich langsam für die Abgabe der Steuererklärung vor, die im Laufe des Monats Januar in den Händen der Behörde sein soll. Mancher zieht es wohl auch vor, ein gutes Buch zu lesen, das er unterm Weihnachtsbaum gefunden. Die meisten aber wollen sich einmal ungestört als gute Deutsche den mehr oder minder mächtigen Phantasien hingeben, die das Lichtermeer des Weihnachtsabends entfesselt hat.

Herr von Bethmann glaubte solcher Stimmung keine Rechnung tragen zu brauchen. Kurz vor dem Weihnachtsfest hat er uns den Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens nebst Begründung auf den Schreibtisch gelegt. Vermutlich hat er der Presse und den Politikern Zeit geben wollen, sich das Ding erst mal ordentlich durch den Kopf gehen zu lassen, ehe sie an die öffentliche Behandlung der Frage gingen, indem er den Schnelligkeitswettbewerb zwischen den Tageszeitungen unmöglich machte. Ist ihm solches gelungen? Die kommenden Verhandlungen werden es zeigen. Einstweilen drängen sich noch die negativen Möglichkeiten seines Vorgehens in den Vordergrund. Die Art, wie Herr von Bethmann die Gesetzentwürfe zur Erörterung gestellt hat, kommt in erster Linie deren Gegnern zugute, erschwert dagegen Freunden, sich um den Entwurf zu sammeln. Der Aristokrat Bethmann unterschätzt den praktischen Wert der Presse, dieses demokratischsten aller Verkehrsmittel, und er überschätzt die geistige Selbsttätigkeit der Politik treibenden und politisierenden Kreise. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich mit den Elsaß-Lothringischen Entwürfen eine ähnliche Katastrophe für den Leiter der Regierung einleitet, wie im vorigen Jahr mit der preußischen Verfassungsreform. Freilich ist die Parteikonstellation gegenwärtig im Reichstage ein wenig anders, günstiger als während des vorigen Jahres im preußischen Landtage. Diesmal haben das Zentrum und die Nationalliberalen ein lebhaftes Interesse daran, daß überhaupt etwas zustande kommt. Solch ein Interesse bestand im vergangenen Jahr eigentlich nur bei den Nationalliberalen, die sich leichter wie

keine andere Partei dem Nutzen der Allgemeinheit unterordnen. Man will in den Reichslanden Einfluß gewinnen. Dieser parteipolitische Gesichtspunkt birgt natürlich gewisse Gefahren in sich, vor allem die Möglichkeit der Nachgiebigkeit da, wo strenges Betonen großdeutscher Gesichtspunkte am Platze wäre. Die Regierungsentwürfe lassen aber, wie wir bereits in Heft 52 von 1910 nachwiesen, gerade in dieser Richtung manches vermiffen. Im vergangenen Jahr konnten wir den preußischen Herrn Ministerpräsidenten gegen die Vorwürfe der Willenlosigkeit verteidigen, mit dem Hinweis, die Wahlrechtsreform sei ein schlecht gesichertes Erbe aus den Entwürfen seines Vorgängers. Dies Jahr hat der neue deutsche Reichskanzler Entwürfe zu vertreten und zu Gesetzen umzuwandeln, für deren Vorbereitung, Einbringung und Vertretung er ganz allein die Verantwortung trägt. Vorbereitung und Art der Einbringung scheinen die weitere Vertretung erheblich zu erschweren.

Schlimme Nachrichten kommen aus den Kolonien. Am 18. Oktober 1910 wurden auf einer unserer Karolineninseln, Dschokolodsch oder Tokoz, vier Deutsche, darunter der Regierungsvertreter, Regierungsrat Böder, von Eingeborenen überfallen und ermordet. Wie aus Privatbriefen ersichtlich, gärte es dort schon lange, zuletzt im Sommer 1910, unter der einheimischen Bevölkerung. Doch verschwand die Bewegung vollständig von der Oberfläche und die Weißen ließen sich in Sicherheit wiegen. Der Beweggrund scheint, nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Unzufriedenheit mit Begebenheiten gewesen zu sein. Die sogenannte Kolonie war bedroht und wurde mit treu gebliebenen Eingeborenen verteidigt. Die Nachricht traf am 30. November mit dem Dampfer „Germania“ in Rabaul ein. Der stellvertretende Gouverneur ging sofort mit 90 Polizeisoldaten, dem Sekretär und dem Polizeimeister nach Ponape und fand alle übrigen Europäer wohlbehalten. Ernste Angriffe auf die Kolonie hatten und haben seitdem nicht stattgefunden. Die Zahl der Aufrehrer beläuft sich auf 200 bis 250, sie haben angeblich etwa 90 Gewehre und andere Schußwaffen. Weitere Einzelheiten über die inneren Ursachen und die Entwicklung des Aufstandes stehen noch aus. Doch ist man in Kolonialkreisen der Meinung, daß das Unglück hätte vermieden werden können. Wir kommen auf diesen Punkt noch zurück. Die Tatsache, daß die Nachrichten mehr als zwei Monate brauchten, ehe sie nach Deutschland gelangten, erklärt sich aus dem Umstande, daß die nächste Telegraphenstation sich über tausend Seemeilen von Ponape entfernt befindet, sowie daß der Dampfer „Germania“ erst Hilfe herbeischaffte, ehe er sich zu dieser Station begab.

Am 23. Dezember v. Js. ist Graf Ballestrem, langjähriger Zentrumsabgeordneter und Präsident des Reichstags, auf seiner schlesischen Besitzung Plawniowitz im Alter von sechsundsiebzig Jahren (geb. 5. September 1834) gestorben. Das Dahinscheiden dieses ausgezeichneten, auch von seinen Gegnern hochgeschätzten Mannes löst zahlreiche Erinnerungen aus, die eng mit den ersten Schritten des neuen Deutschen Reichs verknüpft sind. Damals gehörte der

gräfliche Centrumsmann zur Opposition. Heute ist seine Partei das Zünglein an der Wage der Regierungspolitik. Am 4. Dezember 1874 konnte Bismarck unter dem Beifall der Konservativen die leidenschaftliche Agitation der Ultramontanen für das auf ihn verübte Attentat Kullmanns verantwortlich machen, — am 10. Dezember 1910 muß Bethmann Hollweg, ohne die Konservativen verletzen zu können, sagen: eine Politik unter Ausschaltung des Zentrums gebe es für ihn nicht! O, quae mutatio rerum! — Und doch nur das Ergebnis einer ganz folgerichtigen Entwicklung.

Das junge Reich, entstanden nach den Kriegen gegen Dänemark, Frankreich, Österreich, angefeindet durch die katholische Welt ebenso wie durch die eben erwachte slawische, war besonders feinfühlig in allen Dingen, die die Sicherheit seiner Grenzen betrafen. Bismarck war sich sehr wohl bewußt, daß das neue Deutschland nicht einen Freund hatte, der ihm seine Einigung gönnte. Er war daher um so mehr auf der Hut gegenüber allen Verbindungen, die irgendwie den Stempel des Internationalismus trugen, mögen diese nun als Allweltshumanität oder Klerikalismus oder Standesbewußtsein aufgetreten sein. Fürstlichkeiten und Magnaten waren dem preußischen Junker unter diesem Gesichtspunkte ebenso verdächtig wie die Demokraten und Polen und die von Rom ernannten Kirchendiener. Die damals im höchsten Maße berechtigte Sorge zwang u. a. zum Kampf gegen den Ultramontanismus. Heute aber, wo wir dank der Wachsamkeit in den 1870er Jahren ein wohlbestelltes und bewahrtes Haus haben, werden die letzten Gründe der damaligen Politik leicht übersehen; immer häufiger hört man Kritik daran üben, und was damals sich notwendig aus der Gesamtlage ergab, wird als Fehler bezeichnet. Allerhand Bestrebungen mit internationalen und allgemein menschlichen Gesichtspunkten dringen in den Vordergrund und lassen die realen Bedürfnisse der Nation zurücktreten. Häufiger und lauter hört man wieder die Äußerung: Die armen Polen! Die armen Elsäßer! Die armen Kongregationen! Der Staat schützt sogar das Eigentum solcher Deutscher, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des als staatsfeindlich verbotenen Jesuitenordens außerhalb Deutschlands in Schwierigkeiten geraten! Gewiß, in dem Kampfe um die Sicherheit unseres Staatswesens laufen Härten mit unter, wohl auch Maßnahmen, die von den Betroffenen als Ungerechtigkeiten empfunden werden. Ebenso gewiß wird aber auch niemals der Unterliegende der Ungerechtigkeit angeklagt. Immer wird nur der Starke als der Ungerechte bezeichnet. Sollten unsere Beamten lediglich um des recht zweifelhaften internationalen Ruhmes der Schwachen willen die ihnen anvertraute Sicherheit des Reichs preisgeben? Im Ernste wird das kein verständiger Politiker verlangen, selbst wenn er mit einzelnen Maßnahmen der Landräte und Polizeiorgane nicht einverstanden sein kann.

Zu denen, die Bismarcks Vorgehen gegen den Ultramontanismus am beständigsten verurteilen, gehört naturgemäß die Zentrumsparlei. Sie sucht sich selbst als Opfer des „deutschen Liberalismus“ hinzustellen und den Kampf,

den Bismarck gegen den reichsfeindlichen Internationalismus führte, als eine Ausgeburt protestantischer Unduldsamkeit gegen den Katholizismus zu kennzeichnen. Neuerdings macht sich nun nicht nur in den linksliberalen Kreisen, sondern auch unter den Konservativen eine gewisse, — sagen wir Duldsamkeit dem Internationalismus gegenüber bemerkbar, die wir sonst gerade in diesen Kreisen nicht gewohnt waren. Unter vollständiger Verkenning des internationalen Charakters der römisch-katholischen Kirche wird versucht, eine besondere christlich-konservative Weltanschauung zu konstruieren, die ein politisches Zusammenstehen der Krone, der Deutschkonservativen und des ultramontanen Zentrums zum Heile des deutschen Vaterlands möglich machen soll.

„Es mutet seltsam tragisch an,“ schreibt in diesem Zusammenhange ein Herr v. Berger in Heft 10 der »Beiträge zu konservativer Politik und Weltanschauung«, „daß derselbe Staatsmann, der sein staatliches Einigungswerk mit dem wirtschaftlichen krönte, der ganz getragen war von dem Willen, den dem Deutschen angeborenen Partikularismus in höheren Zielen aufzulösen, die religiöse Spaltung innerhalb der Nation vertieft hat . . . Die heute den Kulturkampf fortsetzen wollen . . ., übersehen, daß für eine brandenburgisch-protestantische Politik im Deutschen Reich die Voraussetzungen fehlen, übersehen vor allem, daß der Kampf der Weltanschauungen sich verschoben hat, aus einer innerkirchlichen Sache eine Sache des Christentums geworden ist. Der Dreißigjährige Krieg muß überwunden werden, wie der Regensburger Reichstag überwunden worden ist . . . Aber die hohe gemeinsame Aufgabe fordert gebieterisch eine Einigung auf dem bedrohten Boden des Christentums, der die Grundlage ist unserer vaterländischen Kultur, unserer staatlichen Entwicklung, unserer monarchischen Verfassung. Es handelt sich um ein umfassendes, kulturgeschichtliches Prinzip, das die Auffassung vom Staat und von der Gesellschaft bis ins letzte und kleinste dezent beeinflusst, daß seine Bejahung oder Verneinung die Bejahung oder Verneinung des bestehenden, historisch gewordenen Staates notwendig einschließt.“

Diesen Ausführungen könnte jeder Protestant und Katholik zustimmen, der im Christentum in erster Linie ein „kulturgeschichtliches Prinzip“ erkennt. Auch die modernen Juden könnten sich der Fahne des Herrn v. Berger anschließen; denn auch an ihnen ist die christliche „Kultur“ nicht spurlos vorübergegangen und es gibt unter ihnen zahlreiche Familien, die in bezug auf Sittlichkeit der christlichen Kultur weit näher gekommen sind als viele getaufte Christen. Vermutlich sind es auch solche Beobachtungen gewesen, die die Kreuzzeitung seinerzeit zur Preisgabe des Antisemitismus veranlaßt haben. Schließlich könnten auch die freireligiösen Christentumsucher Tolstoi, Häckel, Koppelow und andere dem Rufe Bergers folgen. Was wollen sie anders als die Bewertung des Christentums als ein kulturgeschichtliches Prinzip? Mit diesen Leuten aber will Herr v. Berger nichts zu tun haben. Im Gegenteil, gerade zu ihrer Bekämpfung ruft er auf; denn sie sind ja nach seiner Auffassung gerade die Vertreter des staatsfeindlichen Elements.

Herr v. Berger will auch tatsächlich nicht im „kulturgeschichtlichen Prinzip“ das Wesen des Christentums finden, — er sucht überhaupt nicht nach „Christentum“, wenn er auch glaubt, es zu tun. Er sucht nach Machtmitteln zur staatlichen Organisation, er sucht Anlehnung an die kirchliche Macht, die ihm in der katholischen Kirche am kräftigsten entwickelt erscheint.

„Es ist kein Zufall,“ fährt er nämlich fort, „daß Konservatismus (? doch nur die deutschkonservative Partei! Die Schrifttg.) und Zentrum sich wieder und wieder bei der Beratung grundsätzlicher gesetzgeberischer Fragen auf ihren Wegen gefunden haben . . . Wenn die beiden mit dem Christentum den konservativen, und somit in höchstem Maße den monarchischen Gedanken tragenden Parteien sich so oft unabhängig von einander auf demselben Boden und Seite an Seite fanden, so folgten sie einer natürlichen Notwendigkeit. Die Verwandtschaft ihrer geistigen Struktur bedingt eine Verwandtschaft ihrer gesetzgeberischen Ziele und Zwecke sowie ihrer praktischen Handlungen. In einer Zeit, in der die sittlichen, sozialen und religiösen Grundlagen, auf denen in Jahrtausenden unsere Kultur, unser Staat gewachsen sind, entweder radikal angegriffen oder doch deutlich in Frage gestellt werden, muß die Differenz zwischen der christlichen Überzeugung notwendig zurücktreten hinter die höhere Gemeinschaft, muß sich vor allem praktisch der Gesellschaftsordnung und dem Staat gegenüber diese Gemeinschaft ungleich stärker äußern als die intime Gegnerschaft . . . Ob gewollt oder ungewollt, ob als feste Bindung oder als stillschweigende Gemeinschaft, muß sich ein Zusammenschluß der konservativ-monarchisch, der christlich=sozial Gesinnten vollziehen und der entgegengesetzten Weltanschauung fester gegenüberreten. Vor der Tatsache, daß der sogenannte nationale Liberalismus nach links schwenkt, wird das Zentrum notwendig Anschluß nach rechts suchen, und der Konservatismus hat keine Veranlassung, den natürlichen Verbündeten abzuweisen.“

Herr v. Berger übersieht zweierlei: daß die Zentrumsparthei als streng kirchlich=katholische Partei weder zu den „monarchischen“ Parteien noch zu den „nationalen“ im Sinne einer deutsch-konservativen Staatsauffassung gerechnet werden darf. Das bestätigen die deutschen Katholiken, die sich zur „Deutschen Vereinigung“ zusammengeschlossen haben, das bestätigt die Kölnische Volkszeitung, wenn sie den Gehorsam gegen den Willen des Papstes über alle anderen Pflichten stellt. Sie schreibt in ihrer Nummer 1089 vom 26. Dezember 1910: „Jeder Katholik der Erde, welcher politischen Parteirichtung er auch angehören mag, ob Monarchist oder Republikaner, ob Konservativer oder Liberaler, muß sich denselben (den Maßregeln des Papstes) unterwerfen, oder er hört auf, ein wahres Mitglied der katholischen Kirche zu sein. Das ist die Konsequenz des festgeschlossenen Kirchenbegriffes des Katholizismus.“ Wollte die deutschkonservative Partei, die doch eine evangelisch-lutherische Partei sein will, sich den Weisungen Bergers anschließen und seine Erklärungen zur Rechtfertigung eines entsprechenden Schrittes annehmen, dann würde sie alles das verneinen, was an christlicher Kulturarbeit geleistet ward, seit Luther seine Thesen an die Wittenberger Schloßkirche hämmerte. Die christliche Weltanschauung der deutsch-konservativen Partei unterscheidet sich oder sollte sich von der des Zentrums um das Maß unterscheiden, um das Martin Luther die Entwicklung der deutschen Nation von der des römischen Klerus abgeführt hat.

Die Ausführungen des Herrn v. Berger sind aber symptomatisch. Sie bilden für den späteren Historiker unserer Epoche wertvolle Ergänzungen zu anderen Äußerungen, denen wir in der konservativen Presse begegnen.

Die Konservative Monatschrift untersuchte kürzlich die Frage, warum die konservativen Parteien so wenig Anziehungskraft auf die Gesellschaft ausübten. Sie kam zu dem ihr von der Kreuzzeitung mit Recht verübelten Ergebnis, daß es der Name konservativ sei, der die Gesellschaft abhielte.

Doch nicht! Der Name ist gut. Wer die Tatsache richtig zu werten weiß, wird zugeben, wie tief bis in die Reihen des Liberalismus hinein die Überzeugung wurzelt, daß Deutschland auf dem Liberalismus allein nicht bestehen könnte, daß die deutsche Politik eines starken konservativen Einschlages bedarf. Aber dieser Einschlag soll auch wirklich konservativ sein und nicht das, was von der Deutschen Tageszeitung als konservativ ausgegeben wird. Beweise für die Richtigkeit unserer Behauptung liegen in den Reden, die auf dem Parteitage der Nationalliberalen zu Kassel gehalten wurden, Beweise bringen täglich zahlreiche liberale Blätter, brachte jüngst die Berliner Börsenzeitung. Ein Beweis für die verständnisvolle Wertung des konservativen Elements liegt auch in dem letzten Briefwechsel des Geheimrats Nießer mit dem Chefredakteur der Kreuzzeitung. Rein vom Standpunkt des Hansabundes betrachtet war das ganze „Weihnachtsidyll“, wie die Frankfurter Zeitung die Episode nicht unzutreffend nennt, ein Fehler. Nießers Vorgehen konnte und wird von den Gegnern als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden, von den Freunden im Lande aber nicht richtig bewertet. Tatsächlich riefen die Briefe auch eine gewisse Unruhe im liberalen Blätterwald hervor. Eine Aussicht, durch die Briefe auch nur einen aus der Gefolgschaft des Herrn v. Seydebrand zu überzeugen, bestand nicht.

Die eben gekennzeichneten Strömungen innerhalb der konservativen Kreise bilden den Hintergrund zu den politischen Kämpfen des beginnenden Jahres, sie geben gewissermaßen die kulturhistorische Folie für die Parteikämpfe des Augenblicks.

Unter solchen Verhältnissen fällt es schwer, mit einiger Freude in das neue Jahr zu schauen. Überall im öffentlichen Leben, in der staatlichen und kommunalen Organisation, im Schulwesen ebenso wie in der sozialen Gesetzgebung machen sich unter dem Alp eines müden Konservatismus Anzeichen von Stagnation und Unsicherheit bemerkbar. Die Armee und die Justiz leiden ebenso unter veralteten Verfassungen, wie unter dem Mangel an einem zweckmäßig sicher gestellten Ersatz. Von überall her und aus allen Verwaltungen tönt der Ruf nach Reformen. Die Vorschläge der Regierung richten sich daneben zunächst nur auf „eindämmende“ Maßnahmen, nicht auf „fördernde“. Ist das auch nicht viel, so ist es wenigstens ein Anfang, der, von zielbewußten Volksvertretern geschickt benutzt, zur Einleitung tiefer greifender Reformen führen kann. Natürlich liegt auch die Gefahr vor, daß die Radikalen jeden Versuch zur Besserung durch Obstruktion in irgendeiner Form vereiteln. Dieser Gefahr die Spitze abzubreaken, scheint uns eine wichtige Aufgabe der Mittelparteien zu sein. Eine Aktion, die, wie wir glauben, schon während der nächsten Wahlen Früchte tragen dürfte, sollte sich z. B. der Staats- und Kommunalbeamten bemächtigen — natürlich nicht im Sinne neuer Gehaltserhöhungen oder Versprechungen auf sonstige materielle Besserstellung. Was dem Gros unserer staatlichen und kommunalen Beamtenschaft aller Stufen fehlt und

wonach es sich sehnt, ist eine Revision der staatsbürgerlichen Stellung des Beamten. Das ist von seiten der Demokratie längst erkannt und mit gewissem Erfolg auch schon ausgenutzt worden. Der Staat verhält sich allen entsprechenden Anregungen gegenüber noch ablehnend. Man denkt bei uns gleich an den Syndikalismus, der in Frankreich so häßliche Blüten treibt. Es sei zugegeben, daß sich auch in Deutschland einmal eine ähnliche Gefahr einstellen kann, — jedoch nur dann, wenn die Regierung und die Mittelparteien fortfahren, in dieser Beziehung Vogelstrauß-Politik zu treiben. Der Beamte soll sich nicht als Kostgänger des Staates betrachten, sondern als dessen lebendiger Repräsentant. Gegenwärtig kann er das nicht, weil er eingepreßt ist zwischen die immer stärker vordringenden Ansprüche der wirtschaftlichen Interessenverbände von der einen Seite und der sogenannten altpreussischen Tradition von der anderen. Daß diese Tradition in der Praxis bei uns schon recht häufig beiseite geschoben werden muß, wissen die Leser der Grenzboten aus den Artikeln über die preussische Verwaltung (Nr. 3—5, 7, 15—18, 45, 46 und 48 im 69. Jahrgang). Besonders deutlich treten demokratische Einflüsse in den großen Zentralbehörden zutage, und wir haben es vor noch gar nicht langer Zeit erlebt, daß in einem Reichsamt sich eine Beamtenkategorie ihren überraschten Vorgesetzten gegenüber vollkommen auf den Standpunkt von Lohnarbeitern stellte. Solche Vorgänge werden sich um so häufiger wiederholen, je größer die Beamtenheere werden und je weniger eng die persönliche Fühlung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen wird. Nach Albert Hesse (Conrads Jahrbücher III. Folge 40. Bd. Sechstes Heft. Dezember 1910. S. 751) ist die Zahl aller männlichen Beamten von 307268 im Jahre 1882 auf 1299728 im Jahre 1907 gestiegen. Das will sagen: im Jahre 1882 gehörten nur 1,90 Prozent der männlichen Bevölkerung der Beamtenschaft an, im Jahre 1907 aber schon 5,28 Prozent! Die Staatsbeamten haben an dieser Zunahme erheblichen Anteil. Angesichts der Schnelligkeit der Vermehrung haben sich auch schon einige höhere und höchste Beamte mit der Notwendigkeit vertraut gemacht, daß von des Staates wegen mit Reformen vorgegangen werden müsse. Von den Mittelparteien scheinen sich auch die National-liberalen der Frage bemächtigen zu wollen.

In der auswärtigen Politik sind es in erster Linie die deutsch-russischen Beziehungen, die im abgelaufenen Jahre eine Neugestaltung gefunden und die im Zusammenhang mit dem Dreibund geeignet erscheinen, die Grundlage der gesamten Entwicklung der internationalen Politik zu bilden. Wie bekannt, haben die Besprechungen zu Potsdam im vorigen Jahre zu einer Verständigung zwischen Rußland und Deutschland bezüglich des nahen Orient geführt und gleichzeitig beiden Mächten freie Hand auf dem Kontinent gegeben. Die Triple-Entente mit ihrer aggressiven Spitze gegen Deutschland ist gegenstandslos geworden. Sollten Frankreich oder England oder beide gemeinsam gegen Deutschland einen Krieg beginnen, dann ist Rußland verpflichtet, Frieden zu halten. Andererseits hat Deutschland neutral zu bleiben, wenn Österreich-Ungarn kriegerisch gegen

Rußland auftreten sollte. Diese Abmachungen haben Rußland freie Hand gegeben, sich der Ordnung der persischen Angelegenheiten und der Durchführung einer Heeresreform widmen zu können. Während die Heeresreform sofort eingeleitet werden konnte, schweben bezüglich Persiens noch Verhandlungen, die sich, wenn der Anschein nicht trügt, zu einem schriftlichen Vertrage verdichten werden. — Schon dieser einfache Tatbestand zeigt, wie weit die Intimität zwischen Rußland und Deutschland zu gehen hat. Rußland wünscht bei einem Angriff von österreichischer Seite mit dieser Macht allein zu tun zu haben, kommt aber selbst als Angreifer kaum in Frage, weil es alsdann sofort den Dreibund gegen sich hätte. Weiter nichts. Die persische Angelegenheit ist ein reines Handelsgeschäft. Somit fallen auch alle die kühnen Kombinationen in sich zusammen, die sich an die Potsdamer Aussprache knüpften. Für die Auffassung, die Besprechungen könnten das Wiederaufleben der Heiligen Allianz zur Folge haben, besteht auch nicht der leiseste Anhalt. Um so zahlreicher sind die Gründe, die dagegen sprechen. Vor allen Dingen beruht gegenwärtig die Monarchie in Rußland doch auf so veränderten Grundlagen gegenüber der Zeit der Heiligen Allianz, daß von einer Solidarität der drei kaiserlichen Monarchen kaum gesprochen werden darf. In der inneren Politik des Zarenreiches ist nach kurzer Unterbrechung wieder das Prinzip der nationalen Unbuddsamkeit zur Herrschaft erhoben. Dieselben Ideen und Ideale, die seinerzeit zum Kriege gegen die Türkei geführt haben, sind wieder maßgebend, und wie am Anfang der achtzehnhundertundsiebziger Jahre bildet das Deutchtum die Zielscheibe des Hasses. Nicht nur die Kolonisten in Wolhynien und Podolien erleiden Kränkung und Verfolgung; auch die Balten, die sich gewiß als treue Untertanen des Zaren erwiesen haben, sind gezwungen, der nächsten Entwicklung mit Sorge entgegenzusehen. War es vor vierzig Jahren Zuri Esamarin, der den Kreuzzug gegen den Kjemetz predigte, so ist es gegenwärtig der von den Japanern geschlagene Kuropatkin, der sich zum Schützer gegen die Deutschen aufwirft. Im dritten Bande der russischen Ausgabe seines Werks über den russisch-japanischen Krieg finden wir (S. 74/75) folgende bezeichnende, übrigens auf durchaus falscher Beobachtung beruhende Stelle: „Viele Deutsche nehmen hohe Beamtenstellen in Rußland ein, verhalten sich aber gegen Rußland ebenso wie gegen alles Russische ablehnend; sie pflegen in der Familie die deutsche Sprache und vermeiden, mit Russen Bekanntschaft anzuknüpfen. Viele von solchen Deutschen zeichnen sich durch große dynastische Treue aus; aber sie scheuen sich nicht auszusprechen, daß sie dem russischen Herrscher, nicht aber Rußland dienen.“ Welche Auffassungen über „dynastische Treue“ mögen im Hirn des Herrn Kuropatkin spuken, wenn er es fertig bekommt, den Dienst für den Monarchen in Gegensatz zum Dienst für die Nation zu bringen. Nach seiner Auffassung müßten die beiden Interessen sogar in Widerspruch zueinander stehen, denn er fügt noch ausdrücklich hinzu: „Solche Deutsche sind augenscheinlich schädlich für Rußland.“ Kuropatkin hat trotz seiner Mißerfolge als Kriegsminister und Truppenführer wieder eine Stimme in Petersburg. Infolgedessen tun wir gut, uns auch fernerhin einige Reserve

im Verkehr mit Rußland aufzuerlegen. Politisch haben wir als Deutsche von Rußland nichts zu erwarten, um so mehr wirtschaftlich. Rußland hat gute Ernten gehabt; seine Kaufkraft ist daher gesteigert, und unser Ausfuhrhandel darf auf leidlich gute Absatzverhältnisse rechnen. Er wird die Konjunktur um so besser ausnutzen können, je geringeren Illusionen sich die Politiker gegenüber dem Moskowitertum hingeben werden.

Wirtschaft

Wachstum des allgemeinen Reichtums — Der deutsche Kohlenmarkt — Eisenbahneinnahmen — Kali.

Das volkswirtschaftliche Problem unserer Tage sind die „teuren Zeiten“, die Steigerung der Lebensmittelpreise, der Zölle und Steuern, die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung der breiten Massen, aus der die Parteien unter den verschiedensten Schlagworten politisches Kapital zu schlagen suchen. Unser innerpolitisches Leben steht durchaus unter der Einwirkung der letzten Finanzreform. Es ist ja im politischen Kampf nicht leicht, sich von tönenden Schlagworten zu emanzipieren, von Übertreibungen sich fernzuhalten, am schwersten gar dort, wo es sich nicht um lustige Ideale, sondern um den Geldbeutel handelt; hier ist der Punkt, wo der idealste Deutsche höchst empfindlich ist. Und weil er die veränderten Verhältnisse, die teuren Zeiten unmittelbar am eigenen Leibe spürt, an allen ihm mehr oder weniger gewohnten Lebensbedingungen, so fragt er vielfach gar nicht erst lange nach ihrer wirtschaftlichen Berechtigung und ihrer ökonomischen Notwendigkeit, sondern geht hin und wählt sozialdemokratisch. Die Erkenntnis, daß auch die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, wirtschaftliche Entwicklungen zu verändern, sie zurückzuschrauben, ohne empfindliche Beeinträchtigung unserer materiellen Leistungs- und Produktionsfähigkeit, der Lohn- und Einkommenverhältnisse von Arbeitern und Unternehmern — diese Erkenntnis ist nur auf praktischem Wege zu gewinnen, und dafür sind die Experimente zu kostspielig. Es ist fabelhaft leicht, über Militarismus und Marinismus herzufallen und dabei zu übersehen, daß in dieser stetigen militärischen Bereitschaft auch eine sichere und dauernde Nährquelle für hundertaufende von Arbeitern liegt; daß die Panzer, die wir zum Schutz unseres großen Überseehandels brauchen, soundso viel Hüttenwerke und diese wieder soundso viel Kohlenzechen beschäftigen, die allesamt einer großen Arbeiterarmee ein auskömmliches Dasein ermöglichen.

Das sind Weisheiten, die man sich schon an den Schuhsohlen abgelaufen haben mußte, und die dennoch, wie ein Blick in die sozialdemokratische Presse zeigt, in der täglichen politischen Agitation eine große Rolle spielen und auf die Massen Eindruck machen. Der Wahn, daß man nur abzurüsten brauchte, um jährlich Hunderte von Millionen im Reichshaushalt zu ersparen und dadurch erhebliche Steuerbelastungen für den Staatsbürger hinfällig zu machen, dieser Wahn ist nicht auszurotten, so handgreiflich töricht er auch ist. Bildet er doch

einen wesentlichen Programmpunkt einer großen radikalen Partei, und bis weit in bürgerliche Kreise hinein hat sich die Anschauung festgesetzt, daß eine Wirtschaftspolitik bekämpft werden muß, die eine steigende Steuerbelastung und eine Verteuerung der Lebenshaltung für jeden einzelnen zur fühlbaren Wirkung hat. Wie gewaltig sich aber auch unsere Produktions- und Konsumverhältnisse und damit die gesamten Lohnverhältnisse geändert haben, das fühlt man wohl im allgemeinen, ist aber nicht geneigt, ihre Wirkung auf unsere nationale Lebenshaltung in gleichem Maße anzuerkennen. Was es volkswirtschaftlich bedeutet, wenn ein simpler Müllkutscher, der im Dienste der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzervereine den Kehrriech von den Häusern der Großstadt einsammelt — also eine einfache und weder besonders gefährliche noch gesundheitschädliche Beschäftigung —, wenn dieser Müllkutscher einen Tagelohn von 6,50 Mark erhält, wenn ein Maurer täglich nicht unter 6, wohl aber bis zu 10 Mark verdienen kann, was derartige Lohnsummen im Hinblick auf die Lebenshaltung, auf die persönlichen Ansprüche der breiten Schichten und damit im Zusammenhange auf die Preisgestaltung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage bedeuten, das wird weislich verschwiegen, weil man sich ja sonst selbst die Waffen zum Kampf gegen unsere jetzige Wirtschaftspolitik aus der Hand schlagen würde. Und daraus ergibt sich wieder die für Kenner der Verhältnisse mitunter recht ergötliche, für unsere innerpolitischen Zustände aber recht betrübende Erscheinung, daß manch große und weitverbreitete Blätter in ihrem politischen Teil die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik aufs nachdrücklichste und bissigste bekämpfen, in ihrem Handelsteil aber eine verständige, oft sogar national-konservative Wirtschaftspolitik vertreten. So konnte man erst kürzlich von einem Finanzpolitiker, der in seinen allgemeinen politischen Anschauungen sicherlich nicht im Lager der Rechten steht, das bezeichnende Urteil über die Börse des verflossenen Jahres lesen: „Die Börse war in sich gefestigt; und sie hatte die Geschlossenheit ihres Charakters drei Ursachen zu verdanken: dem Wachstum des allgemeinen Reichtums; den soliden Eigenschaften der Effektenkäufer; der Befreiung von der unbedingten Überlegenheit Amerikas. Das erste wird durch die Statistik nachgewiesen und gehört zu den notwendigen Qualitäten einer in Gesundheit lebenden, wirtschaftlich strebenden Bevölkerung.“

Wenn wir aber in Gesundheit leben, wenn nicht bloß der Nationalwohlstand, sondern, was noch mehr bedeutet, der allgemeine Reichtum wächst, ist dann nicht der Schluß natürlich und berechtigt, daß unsere Wirtschaftspolitik im großen und ganzen vernünftig und richtig ist und daß somit auch die „teuren Zeiten“ nichts anderes sind als die unvermeidliche Konsequenz eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs und der damit verbundenen veränderten Lebenshaltung? Es kann sich nur fragen: Leben wir in der Tat wirtschaftlich in Gesundheit und ist wirklich der allgemeine Reichtum gewachsen? Die Beweise dafür finden wir nicht bloß in der Statistik, sondern in zahlreichen

Erscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens. Unser Gesamt-Außenhandel in den ersten zehn Monaten des verflossenen Jahres 1910 erreicht die gewaltige Summe von 13 Milliarden Mark; wir folgen darin unmittelbar auf England und übertreffen um $1\frac{1}{2}$ Milliarden die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Wert unserer Warenausfuhr allein übersteigt um nicht weniger als 794 Millionen Mark den gleichen Zeitraum von 1909, unsere Ausfuhrsteigerung ist ungefähr dreimal so groß wie die der Vereinigten Staaten; in einem einzigen Jahr! Das kennzeichnet doch wohl zur Genüge unsere Stellung als wirtschaftliche Großmacht, unseren materiellen Aufschwung und die daraus erwachsende Unabhängigkeit von Amerika. Als Parallelererscheinungen zu diesen kolossalen Ausfuhrziffern ergeben sich die Absatzverhältnisse auf dem deutschen Kohlenmarkt und die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr; für den gegen das Vorjahr wesentlich gesteigerten Kohlenabsatz spricht am zweckmäßigsten die nachstehende vergleichende Tabelle:

	1910	1909		1910	1909
	To.	To.		To.	To.
Januar	226 378	202 995	Juli	221 801	213 963
Februar	224 717	215 782	August	221 046	215 116
März	212 734	204 410	September	224 435	210 791
April	224 950	217 840	Oktober	223 187	213 260
Mai	235 475	218 506	November	240 708	227 653
Juni	222 939	219 127	Dezember	—	229 485

Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat denn auch aus dieser erfreulichen wirtschaftlichen Lage die Konsequenz gezogen durch den Beschluß, ab 1. Januar 1911 die Förder einschränkung für Kohle um $2\frac{1}{2}$ Prozent (auf $12\frac{1}{2}$ Prozent) herabzusetzen — ein ganz klarer Beweis, daß dieses für unser Wirtschaftsleben so bedeutungsvolle Syndikat unsere allgemeine wirtschaftliche Lage als durchaus gesund und gefestigt betrachtet und mit Zuversicht in die nächste Zukunft blickt. Und ebenso sind unsere Eisenbahneinnahmen aus dem Güterverkehr dauernd gestiegen; sie weisen in den ersten elf Monaten 1910 die Höhe von rund 1566 Millionen Mark auf und sind gegenüber dem gleichen Zeitraum 1909 um etwa 102 Millionen gestiegen; das bedeutet eine Einnahmesteigerung von durchschnittlich mehr als 5 Prozent auf den Kilometer!

Aber auch die bedeutsamen Investitionen in unserer großen Montanindustrie sind ein herabtes Zeichen nicht bloß eines optimistischen Wagemuts, einer starken Zuversicht in unsere wirtschaftliche Gesundheit und stetig fortschreitende Entwicklung, sondern auch einer starken Kapital sflüssigkeit und damit eines immerhin erheblichen Reichtums. In der Kohlenindustrie sind in 11 Monaten des letzten Jahres rund 166 Millionen Mark investiert worden (gegen $123\frac{1}{2}$ Millionen im gleichen Zeitraum 1909), in der kleinen und viel jüngeren Kaliindustrie nicht weniger als 53 Millionen Mark an Zinsen und Anleihen — gegen 23 Millionen Mark im Jahre 1909 und $33\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Jahre 1908. Gerade die Entwicklung in der Kaliindustrie ist sehr bezeichnend und in mancher Beziehung fast

typisch für unsere wirtschaftliche Situation: 1908 beteiligt sich das Privatkapital mit $33\frac{1}{2}$ Millionen Mark an der Erschließung dieser Industrie, 1909 ist unter der Einwirkung der langen Syndikatswirren und der dadurch hervorgerufenen Unsicherheit in der Zukunft und Rentabilität des Kaliabsatzes eine stärkere Zurückhaltung wahrnehmbar; kaum ist aber — seit Mai 1910 — das neue Reichskaligesez unter Dach und Fach, so schießen die Neugründungen, die Felderteilungen und die Finanzierung älterer Unternehmungen wie die Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden, und das Ergebnis sehen wir in der Investition von 53 Millionen Mark, die doch zu einem sehr erheblichen Teil aus den Taschen des Privatpublikums fließen, das also über genügend disponible Mittel verfügen muß, um eine vielleicht lohnende, aber jedenfalls nicht risikolose Anlage zu suchen. Diesem allgemeinen Wettstreit kann sich auch der Staat nicht entziehen, wenn er seine Machtstellung und seinen Einfluß im Kalibergbau behaupten will, und so werden wir wohl in nicht allzu ferner Zeit mit der Kunde überrascht werden, daß auch der preußische Fiskus neue Schächte baut oder fertige Unternehmungen sich angliedert. Ist er doch erst seit kurzem auch der mächtigste Kohlenfeldebesitzer in Preußen geworden durch die vor einigen Wochen erfolgte Verleihung von Bergwerkseigentum über 250 preußische Maximalfelder = $457\frac{1}{2}$ Millionen Geviertmeter Flächeninhalt!

Polydor

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL

HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW. 19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.